

# Afghanistan:

Keine Sicherheit.  
Nirgendwo

Protest gegen die  
nächste Sammelabschiebung

Mittwoch, 22. Februar, 12 Uhr  
Marktplatz, Biberach



Aktuelle Informationen unter [www.fluechtlingsrat-bw.de](http://www.fluechtlingsrat-bw.de)

ABSCHIEBUNGEN STOPPEN!

# Afghanistan:

Keine Sicherheit.  
Nirgendwo

Protest gegen die  
nächste Sammelabschiebung

Mittwoch, 22. Februar, 12 Uhr  
Marktplatz, Biberach



Aktuelle Informationen unter [www.fluechtlingsrat-bw.de](http://www.fluechtlingsrat-bw.de)

ABSCHIEBUNGEN STOPPEN!

# Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Zum dritten Mal werden Menschen nach Afghanistan abgeschoben – einem Land, in dem Krieg, Terror und Chaos herrschen. Zum dritten Mal macht die grün-geführte Landesregierung Baden-Württembergs dabei mit – im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern, die sich teilweise aktiv für einen Abschiebestopp einsetzen.

Laut dem UNHCR wird das ganze Land von einem bewaffneten Konflikt erfasst. Das Auswärtige Amt rät dringend von Reisen nach Afghanistan ab, da im ganzen Land die Gefahr bestehe, Opfer von Anschlägen oder Entführungen zu werden. Das Rote Kreuz hat kürzlich seine Arbeit im Land eingestellt, nachdem sechs seiner Mitarbeiter bei einem Anschlag ermordet wurden. Ein im Januar aus Deutschland abgeschobener Afghane wurde bei einem Bombenanschlag verletzt – in Kabul, das zu den angeblich sicheren Gebieten gehört, die die Bundesregierung herbeiphan-

tasiert hat, um ihre Abschiebepaxis zu rechtfertigen.

Das BAMF wird unter politischen Druck gesetzt, möglichst viele Asylanträge von Afghan\*innen abzulehnen. Aus Angst vor Abschiebung lassen sich einige zu einer „freiwilligen“ Rückreise drängen. Die Bundesregierung bietet mit ihrem „Starthilfe Plus“-Programm Geld für alle, die Asylanträge und Klagen gegen Ablehnungen zurücknehmen und in ihre Heimatländern zurückkehren – ein skandalöser Ausverkauf der Grundrechte!

Menschen, die in unserer Mitte Schutz vor Krieg und Terror gesucht haben, werden zum Kollateralschaden eines schäbigen Hardliner-Wettrüstens im Wahljahr. Stellen wir uns dieser Tendenz entgegen! Seien wir solidarisch mit den von Abschiebung Bedrohten! Tragen wir unsere Empörung über diese unmenschliche Politik auf die Straße und stoppen wir die Abschiebungen!

## Wir fordern:

- Sofortiger Abschiebestopp nach Afghanistan!
- Faire und unvoreingenommene Asylverfahren für alle – unabhängig vom Herkunftsland!
- Ausverkauf der Grundrechte stoppen – „Starthilfe Plus“ abschaffen!
- Baden-Württemberg muss sich der Länder-Initiative für einen Abschiebestopp nach Afghanistan anschließen!

# Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Zum dritten Mal werden Menschen nach Afghanistan abgeschoben – einem Land, in dem Krieg, Terror und Chaos herrschen. Zum dritten Mal macht die grün-geführte Landesregierung Baden-Württembergs dabei mit – im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern, die sich teilweise aktiv für einen Abschiebestopp einsetzen.

Laut dem UNHCR wird das ganze Land von einem bewaffneten Konflikt erfasst. Das Auswärtige Amt rät dringend von Reisen nach Afghanistan ab, da im ganzen Land die Gefahr bestehe, Opfer von Anschlägen oder Entführungen zu werden. Das Rote Kreuz hat kürzlich seine Arbeit im Land eingestellt, nachdem sechs seiner Mitarbeiter bei einem Anschlag ermordet wurden. Ein im Januar aus Deutschland abgeschobener Afghane wurde bei einem Bombenanschlag verletzt – in Kabul, das zu den angeblich sicheren Gebieten gehört, die die Bundesregierung herbeiphan-

tasiert hat, um ihre Abschiebepaxis zu rechtfertigen.

Das BAMF wird unter politischen Druck gesetzt, möglichst viele Asylanträge von Afghan\*innen abzulehnen. Aus Angst vor Abschiebung lassen sich einige zu einer „freiwilligen“ Rückreise drängen. Die Bundesregierung bietet mit ihrem „Starthilfe Plus“-Programm Geld für alle, die Asylanträge und Klagen gegen Ablehnungen zurücknehmen und in ihre Heimatländern zurückkehren – ein skandalöser Ausverkauf der Grundrechte!

Menschen, die in unserer Mitte Schutz vor Krieg und Terror gesucht haben, werden zum Kollateralschaden eines schäbigen Hardliner-Wettrüstens im Wahljahr. Stellen wir uns dieser Tendenz entgegen! Seien wir solidarisch mit den von Abschiebung Bedrohten! Tragen wir unsere Empörung über diese unmenschliche Politik auf die Straße und stoppen wir die Abschiebungen!

## Wir fordern:

- Sofortiger Abschiebestopp nach Afghanistan!
- Faire und unvoreingenommene Asylverfahren für alle – unabhängig vom Herkunftsland!
- Ausverkauf der Grundrechte stoppen – „Starthilfe Plus“ abschaffen!
- Baden-Württemberg muss sich der Länder-Initiative für einen Abschiebestopp nach Afghanistan anschließen!